

INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

NGOS beschließen den Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung für Berlin

Berlin, 25.03.2010: Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), als Interessenvertretung von Migrant/innen und Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin und Brandenburg hat heute zahlreiche NGOs-Vertreter/innen und Expert/innen auf eine Tagung zur Erstellung eines Landesaktionsplanes gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR) eingeladen.

„Der LAPgR sollte im Dialog zwischen Landesregierung, Verwaltung und Berliner zivilgesellschaftlichen Akteur/innen erstellt werden. Wir haben bis heute über 250 konkrete Empfehlungen gesammelt. Die Einrichtung einer zentralen unabhängigen Stelle, die eine Kultur des Beschwerdemanagements ermöglicht, gibt dem zeitgemäßen Bedarf, die Existenz von Diskriminierung in Berlin ernst zu nehmen“, sagte Dr. Jean Paul Rwasamanzi (Vorstand des MRBBs).

Ziel der Tagung war es, per Senatsverwaltungen Themen und Gebiete zu nennen, in denen Diskriminierung und Rassismus auf der Verwaltungsebene erkannt bzw. erfasst werden. Untersucht wurden die Bereiche Arbeit, Gesundheit und Soziales, Wirtschaft und Frauen, Bildung und Wissenschaft, Justiz, Polizei, Ausländerbehörde, Stadtentwicklung, Kultur und Medien.

Der MRBB wird bis Mitte April die Empfehlungen in einem Forderungskatalog der Landesstelle für Gleichberechtigung - gegen Diskriminierung (LADS) überreichen.

„Wir befinden uns in einem Prozess. Bisher steht fest, dass zur Implementierung des LAPgR eine kritische realistische Begleitung durch Monitoring-und Controllingmechanismen notwendig ist. Der LAPgR wird erstmal mit den Senatsverwaltungen durch die LADS verhandelt und Ende Juni im Landesbeirat für Integrations-und Migrationsfragen verabschiedet“ ergänzte Herr Dr. Rwasamanzi.

Aus der Perspektive vieler NGOs denkt man an eigene Instrumente, die zur Umsetzung vom LAPgR wichtig wären, darunter Schattenberichte, die den Handlungsbedarf melden und die Implementierung der Verwaltung überprüfen.

Der MRBB begrüßt das Vorhaben des Senats einen LAPgR einzuführen und sieht Berlin als Bundeshauptstadt in einer Vorreiterrolle, die auch auf der Bundesebene geltend gemacht werden kann.

Ansprechpartner:

Dr. Jean Paul Rwasamanzi

0175 - 8904900

Migrationsrat Berlin Brandenburg e. V. Oranienstr. 34 10999 Berlin

Tel.: +49(30) 616 587 55

Fax: +49(30) 616 587 56

info@mrbb.de